

Kooperation im gesamten Bildungsbereich notwendig

VBE zur Bundesratsforderung nach Bund-Länder-Gespräch über GG-Änderung

Am 21. September forderte der Bundesrat die Bundesregierung auf, „mit den Ländern in Gespräche einzutreten, um gemeinsam eine Grundgesetzänderung und eine angemessene Finanzausstattung zu beraten“. Die Länder reagierten damit auf eine vom Bund angestrebte partielle Zulassung der Kooperation von Bund und Ländern für den Hochschulbereich.

Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn Bund und Länder über eine Rücknahme des Kooperationsverbots für den Bildungsbereich endlich wieder sprechen würden, kommentierte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann das Ergebnis der Bundesratsitzung. „Der VBE hält eine Zurücknahme des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern für den gesamten Bildungsbereich für dringender denn je. Bildung muss endlich in nationaler Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen beackert werden. Wir brauchen eine gemeinsam getragene Bildungsstrategie und die Bündelung der Mittel von Bund, Ländern und Kommunen zur Umsetzung strategischer Bildungsaufgaben.“ Dazu gehöre die Umsetzung der von Deutschland ratifizierten Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich ebenso wie die Neuauflage eines Ganztagsprogramms, sagte Beckmann. „Der VBE hält es für notwendig, das Grundgesetz zu erweitern und eine vernünftige Kooperation im Bildungsbereich zu ermöglichen. Die Zeit für eine Lösung drängt, denn ein Blick in den Haushaltsentwurf 2013 des Bundesbildungsministeriums zeigt an, wie der Bund seine Mittel aus dem Bildungsbereich umlenkt in den Wissenschaftsbereich. Offenbar ist im Hause Schavan das Thema Kooperation im Bildungsbereich abgehakt.“

Empfehlungen des Runden Tisches gegen Missbrauch umsetzen

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem VBE-Bundesvorstand und dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig am 21. September standen die vom Runden Tisch gegen sexuellen Kindesmissbrauch vor einem knappen Jahr beschlossenen Leitlinien zu Prävention, Intervention und Aufarbeitung. Johannes-Wilhelm Rörig machte deutlich, dass es wichtig sei, keinen Bereich unter Generalverdacht zu stellen. Es gehe um Prävention im schulischen Bereich und die Entwicklung von Schutzkonzepten und Notfallplänen. Zur Unterstützung der Einführung und Weiterentwicklung von Schutzkonzepten in Bildungsinstitutionen, Kinder- und Jugendeinrichtungen startet der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs 2013

die Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“. Der VBE-Bundesvorstand sprach sich klar für die Unterstützung der Arbeit des Unabhängigen Beauftragten aus. Es sei wichtig, im Sinne der Prävention das Thema in die Lehrerbildung und Schulentwicklung einzubinden.

Mit einem weißen Kreuz ein Zeichen gegen Missbrauch setzen. Gast im VBE-Bundesvorstand Johannes-Wilhelm Rörig (z.u.l.), Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, hier mit dem geschäftsführenden Vorstand (v.l.) Udo Beckmann, Rolf Busch, Gerhard Brand

Schule ohne Schulpsychologen nicht denkbar

Aus Anlass des 20. Bundeskongresses der Schulpsychologen Ende September in Münster würdigte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann die Arbeit der Schulpsychologen als „unverzichtbaren Teil der schulischen Arbeit“. In seinem Grußwort an die Kongressteilnehmer heißt es: „Die schulpsychologische Arbeit ist Notfallseelsorger und Vermittler zugleich. Schulpsychologen sind da, um Kinder aufzubauen, um ihnen bei Problemen beizustehen – und auch, um gegebenenfalls weitreichende Entscheidungen zu treffen, z. B. wenn Sie Kenntnis über Gewalt oder sexuellen Missbrauch erfahren. Schulpsychologische Arbeit ist daher auch immer ein Stück Gratwanderung zwischen ‚wo höre ich zu‘ und ‚wo muss ich handeln‘. Schulen brauchen feste Ansprechpartner – denn Vertrauen kann nur dort aufgebaut werden, wo Kinder, Lehrer und Eltern sich auf einen zuverlässigen Ansprechpartner verlassen können. Schulpsychologen leisten große Arbeit, wenn sie einfach nur da sind und das offene Ohr für die Kinder haben, das diese sonst so schmerzlich vermissen. Schule ohne Schulpsychologen ist heute nicht mehr vorstellbar – und gerade weil es immer mehr Nachfrage nach ihrer Beratung gibt, ist es unerlässlich, dass die notwendigen Stellen zur Verfügung gestellt werden.“





20 Jahre Allianz der Nordverbände im VBE

Mitte September kamen die Vorsitzenden der VBE-Nordverbände zu ihrem alljährlichen Herbsttreffen zusammen. Doch diesmal gab es in Lüneburg ein schönes Jubiläum zu feiern. Vor 20 Jahren verabredeten die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt eine engere Koordinierung und Zusammenarbeit. Das Motto lautet: Einer für alle, alle für Einen. Udo Beckmann dankte im Namen des Bundesverbandes „den Musketieren des Nordens“. Er betonte, das norddeutsche Bündnis mache es vor, wie Föderalismus erfolgreich praktiziert werden könne: strategische Zusammenarbeit bei Schwerpunktaufgaben – Verbeamtung für alle Lehrer, Schutz der Lehrergesundheit, Verbesserung der Lehrerbildung in allen Phasen, Entwicklung des Dienstrechts, Bündelung der Medienarbeit –, enger Erfahrungsaustausch auf Leitungsebene, Nutzung des gemeinsamen Erfahrungspools, Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren. Ergebnis dieses Bündnisses sei das sukzessive gewachsene Gewicht der Nordverbände im Bundesverband. Auf der Herbsttagung war auch die Vorbereitung des dbb Gewerkschaftstages Mitte November 2012 in Berlin ein Thema. Die Vorsitzenden betonten, dass sie die künftige Satzung des dbb, der dann Beamten- und Tarifbereich unter einem Dach habe, mittragen werden. Der VBE habe maßgeblich die künftige Struktur des dbb mitentwickelt.

Jede Möglichkeit zur Leseförderung nutzen

Die weitere Zusammenarbeit zwischen VBE und der Stiftung Lesen berieten am 21. September in Berlin der VBE-Bundesvorstand und der Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen Dr. Jörg F. Maas. Der VBE, der selbst Herausgeber erfolgreicher Kinder- und Jugendzeitschriften ist, setzt nicht erst seit PISA auf wirksame Sprach- und Leseförderung. Lesekompetenz müsse so früh wie möglich und in der Breite der Familien gefördert werden, stellte der Bundesvorstand klar. Die Lesefitness-Initiative der Stiftung Lernen der Schul-Jugendzeitschriften Flohkruste/Floh, die in vielen deutschen Grundschulklassen aufgenommen wurde, bewies nachdrücklich, wie sich durch regelmäßiges Lesen Sprachfähigkeiten und Lesekompetenz der Kinder entwickelten und auch die Leseaktivitäten in den Familien angeregt wurden.



Die Stiftung Lesen habe sich dem Ziel verschrieben, Deutschland zum Leseland zu machen, betonte Dr. Maas und stellte die aktuellen Projekte der Stiftung vor. Es gehe um eine systematische Leseförderung, um vor allem auch Kinder und Familien zu erreichen, in denen es noch kaum Leseaktivitäten gebe. Immer stärkeren Anklang findet zum Beispiel der bundesweite Vorlesetag, der in diesem Jahr der 16. November ist. Mehr: www.vorlesetag.de

Alles tun für Leseförderung. Rolf Busch, erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, Dr. Jörg F. Maas, Hauptgeschäftsführer der Stiftung Lesen, Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, nach dem Gespräch mit dem VBE-Bundesvorstand

Staat muss für bessere Bildungschancen sorgen

Gegen die Idee eines Bildungssparens sprach sich VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann in DeutschlandRadio aus. Vom Grundsatz her sei es natürlich richtig, in die Bildung zu investieren, aber er halte nichts davon, dass in diesem Bereich private Vorsorge getroffen werden müsse. Beckmann betonte, er halte viel davon, dass der Staat dies als grundsätzliche Aufgabe verstehe, die er zuvörderst zu lösen habe. Der Staat müsse in die Pflicht genommen werden, Bildung so zu finanzieren und so auszustatten, dass es zu wirklich gleichen Bildungschancen komme. Beckmann kritisierte, der Staat löse diese Aufgabe bisher nicht. Im internationalen und im Vergleich unter den Ländern gebe es keine gleichen Bildungschancen. Beckmann sprach sich dafür aus, auch in Deutschland massiv in die frühkindliche Bildung und in die Grundschulausbildung zu investieren, wie in vielen OECD-Ländern, die zu den Spitzenreitern gehören würden. Er bezeichnete das im Grundgesetz festgeschriebene Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern als Crux, weil der Bund sich nicht direkt an Investitionen für Bildung beteiligen dürfe. Es müsse wieder die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für Bildung geben. Wenn dieses Kooperationsverbot nicht falle, werde es nicht zu gleichen Bildungschancen in Deutschland kommen.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE